

Ein eingebildeter & dumme Laie, der besser
geschwiegen hätte. Von der A. L. L. solche Artikel
überhaupt annehmen, muss man werden.

KBA 1553 C. 1

Psychische Störungen bei Studenten

Eine Aussprache in Zürich

thw. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist die Behandlung von Studenten, deren seelisch-geistiges Gleichgewicht gestört ist, die etwa mitten im Studium steckenbleiben oder in schwer überwindbare Examensängste geraten, immer mehr in den Aufgabenkreis des studentischen Gesundheitsdienstes gerückt. In Frankreich, Großbritannien und in anderen westeuropäischen Ländern, vor allem aber auch in den Vereinigten Staaten begannen Hochschulen, Psychologen und Psychiater anzustellen, die sich vollumfänglich studentischen Patienten widmen. Im Kreis dieser Ärzte und an anderen Stellen der Universität erforschte man die Ursachen und die Art dieser Störungen und Erkrankungen. 1956 fand in Princeton eine erste internationale Konferenz über das Problem der geistig-seelischen Gesundheit der Studenten statt; die umfassende Bestandesaufnahme zeigte, daß man erst am Anfang steht und daß Neuland erschlossen werden muß, für das nur zu einem geringen Teil die Medizin zuständig ist.

In der Schweiz mit ihren kleinen Universitäten und bescheidenen Studentenzahlen, ihrem föderalistischen Aufbau des Bildungswesens ist die Tatsache der Gefährdung und Störung der geistig-seelischen Gesundheit der Studenten noch nicht in gleichem Maße ins Bewußtsein getreten. Dies bedeutet nicht, daß das Problem bei uns nicht existierte und nicht rasch an Bedeutung und Gewicht gewänne. Ein Treffen von Psychiatern, Psychologen und Studentenleitern in Zürich gab am letzten Wochenende Aufschluß über die Verhältnisse an einzelnen Hochschulen unseres Landes. Prof. Walter Rüegg, Präsident der Gesellschaft Schweizer Akademiker, erläuterte die Hauptaufgabe der Aussprache. Vom 21. bis 27. August wird im Schloß Münchenwiler bei Murten eine europäische Expertenkonferenz über die geistig-seelische Gesundheit der Studenten stattfinden. Diese «European Conference of Experts on Student Mental Health» wird von der Gesellschaft Schweizer Akademiker als dem schweizerischen Komitee des «World University Services» (WUS), in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat des WUS in Genf durchgeführt. Die Vorkonferenz in Zürich diente nun einer Bestandesaufnahme an unseren Hochschulen und gab auch den schweizerischen Delegierten für Münchenwiler ein Bild der großen Unterschiede von Universität zu Universität.

Die Aussprache unter der Leitung von Prof. G. Bally ergab sehr rasch, daß die geistig-seelischen Störungen kaum medizinisch-psychiatrische, sondern vor allem psychologische und soziologische Gründe haben. Die Isolation der Studenten innerhalb der Universität wurde von verschiedenen Seiten als Hauptursache angeführt. Zwar ist die Mehrheit der Schweizer Studenten noch in enger Verbindung mit der Familie. Aber der wachsende Traditionsverlust wird spürbar, und außerdem kann die Familienbindung nicht nur Geborgenheit, sondern auch Belastung für die persönliche Entwicklung und das Studium bedeuten. Welche Wege könnten zu einer Integration des vereinzelt Studenten in die Universitätsgemeinschaft führen? Studentenwohnheime erfüllen eine große Aufgabe, wenn sie gut geführt sind. Tutoren nach englischem Vorbild, die die jungen Semester ins Studium einführen, die Arbeiten überwachen und auch für persönliche Anliegen ein offenes Ohr haben, müßte eine noch größere Rolle zukommen. Der Versuch, von der Fachgruppe oder Fakultät her die Isolierung zu überwinden, verspricht den besten Erfolg.

Daß die Vereinzelung der Grund vieler Krisen ist, beweist der hohe Prozentsatz von Ausländerstudenten, die in ihren Studien Schiffbruch erleiden oder steuer- und ziellos auf dem Meer akademischen Wissens herumtreiben. In den Universitäten Genf und Lausanne sind mehr als die Hälfte aller Immatrikulierten ausländischer Herkunft. Viele von ihnen leben in nahezu totaler Isolierung an unseren Hochschulen; viele kennen nur die kleine Gemeinschaft ihrer Landsleute, ohne je mit Kommilitonen anderer Länder oder gar des Gastlandes in persönlichen Kontakt zu treten. Die WUS-Lokalkomitees, die als Kontaktgruppen an verschiedenen Hochschulen die Verbindung mit den Studenten aus Entwicklungsländern aufnehmen haben und ihnen in Problemen des studentischen Alltags beistehen, erfüllen hier eine wichtige Aufgabe. Die Ausländerstudenten sind häufig — abgesehen von Sprachschwierigkeiten — gar nicht in der Lage, dem Gang eines Studiums zu folgen; die Unterschiede zu den Schulen ihrer Heimat sind zu groß. Auch hier könnte das Tutorensystem oder die Ernennung von Dozenten, die für die Ausländerbetreuung zuständig sind, eine wichtige Aufgabe erfüllen.

Die Kritik muß sich hier freilich auch gegen den Lehrbetrieb an unseren Hochschulen richten. Die Studenten werden mit ungeheuren Stoffmengen überschwemmt, die eine systematische Arbeitsweise unmöglich machen. Methoden und Grundlagenbildung werden dagegen vernachlässigt. Dieses Mißverhältnis macht dem Studenten zu schaffen. Innerhalb der Fakultät fehlt zudem eine Instanz, die über den Umfang und die Schwierigkeiten der studentischen Arbeit Bescheid wußte und sie kontrollieren würde. Weiter hätte eine akademische Berufsberatung nicht nur in den letzten Jahren der Mittelschule, sondern auch in der Hochschule für viele eine wichtige Funktion, die mit dem Studium nicht zu Rande kommen und die Fakultät zu wechseln wünschen.

Wie in schweizerischen Mittelschulen, so herrscht auch in manchen Hochschulen noch immer der Ungeist des Elitierens. Die Qualität der Schule wird am Prozentsatz der Ausgeschiedenen gemessen. Statt eliminiert, müßte jedoch orientiert und geführt werden. Einem großen Teil jener, die aus inneren Schwierigkeiten heraus ohne

Abschluß von den Hochschulen und aus dem Verzeichnis der Studierenden verschwinden, fehlte einzig diese Orientierung. Der Staat hat hier große Gelder an Studenten vergeudet, aber zu sehr dort gesparrt, wo durch sachliche Wegweisung und persönliche Beratung Hilfe möglich gewesen wäre. In unseren Tagen wird auf dem Wege von Stipendien, Talentstudien und der Förderung des akademischen Nachwuchses der Zugang zu unseren Hochschulen erweitert und so qualifiziertes Personal für die Wirtschaft und die öffentlichen Dienste, für Forschung und Bildungswesen unseres Landes gewonnen. In den Hochschulen jedoch wird noch wertvollstes Potential verschwendet; ein akademisches Manchestertum herrscht, das weder im Einklang mit der besten Tradition der Universität steht, noch auf die Erfordernisse unserer Gesellschaft Rücksicht nimmt. Das Problem der psychischen Störungen und Erkrankungen bei Studenten und ihre Verhinderung und Behandlung, die Frage der Organisation eines psychologisch-psychiatrischen Gesundheitsdienstes für Studenten oder der Errichtung einer einfachen Beratungsstelle im Rahmen der Hochschule reicht so über die Medizin hinaus und ist von der Struktur des studentischen Lebens nicht zu trennen.

Der Disput um Gollwitzer

Duplik von Prof. Pfenniger

Auf meine Einsendung «Eine Reminiszenz zum Fall Gollwitzer» (Nr. 2564 der «NZZ» vom 7. Juli) hat in Nr. 2671 der «NZZ» vom 15. Juli Pfr. Dr. Hans Heinrich Brunner unter dem Titel «Eine verfehlte Parallele» darzutun versucht, ich hätte zwischen der seinerzeitigen Wahl Prof. Arthur Baumgartens und der von ihm und andern erstrebten Berufung Prof. Helmut Gollwitzers eine Parallele gezogen, die in Wirklichkeit keine Parallele bzw. eine falsche Parallele sei. Pfr. Dr. Brunner will sich dabei nicht mit dem «Fall Baumgarten» beschäftigen, sondern nur mit meiner Stellung zum «Fall Gollwitzer», wobei er mir zwar die *bona fides*, den guten Glauben, zubilligt und meinen angeblichen Irrtum auf meine «Unkenntnis über die in Wort und Schrift klar bezeugte Haltung Gollwitzers» zurückführt, aber nicht umhin kann, zu behaupten, Gollwitzer müsse «die Insinuation prokommunistischer Neigungen als schlichte Verleumdung» empfinden, die westlichen Ideologen, die ihn bekämpfen, wandelten «auf den Pfaden eines McCarthy» und man glaube, «einen Nonkonformisten mit dem Mittel erledigen zu müssen, das die Amerikaner „character assassination“ nennen». Diese Vorwürfe, die allesamt aus der Küche der «National-Zeitung» stammen, werden mir zwar nicht unmittelbar persönlich gemacht, finden sich aber in einer Entgegnung, die sich ausschließlich gegen meine Einsendung richtet, und könnten daher leicht als Vorwürfe an meine Adresse gewertet werden. Ich muß daher Pfr. Dr. Brunner darauf aufmerksam machen, daß weder Verleumdung noch McCarthyismus noch «character assassination» mit der mir von ihm zugebilligten Gutgläubigkeit vereinbar wären, denn sie könnten nur vorsätzlich und bösgläubig begangen werden und scheiden daher gleich dem «Fall Baumgarten», auf den Pfr. Brunner nicht eingreift, aus unserer Diskussion aus. Ich habe auch nie von «Prokommunisten Gollwitzer» gesprochen, und es ist mir nicht eingefallen, ihm zu verbieten, «seine Überzeugungen im freien Westen frei zu äußern». Meine Einsendung wollte lediglich daran erinnern, daß die Basler Wahlbehörden 1923 und 1934 in Prof. Baumgarten einen Mann zum Ordinarius wählten, der damals bestritt, Kommunist oder Gegner einer bewaffneten Landesverteidigung zu sein, sich aber sofort nach seiner Pensionierung 1949 nach Ostberlin begab, sich dort als bekannter, was er wohl schon immer gewesen war: Kommunist reinen Wassers, und in Anerkennung dieser seiner politischen Gesinnung noch gleichen Jahres vom dortigen kommunistischen Regime trotz seiner Pensionsruhe zum Ordinarius an der Berliner Humboldt-Universität ernannt wurde und nicht nur den «Nationalpreis DDR» und den «Silbernen Verdienstorden DDR» erhielt, sondern auch den Ehrenposten des Präsidenten der «Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften». Das sollte keine «Parallele» zum Fall Gollwitzer sein, zu dem ich mich in jener Einsendung materiell überhaupt nicht äußerte, sondern nur ein Hinweis darauf, wie ernst man es bei solchen Wahlen nehmen soll und wie leicht man sich gerade auf diesem Gebiet irren kann, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Basler Prof. Baumgarten bei Kenntnis seines wahren Charakters gewählt hätten.

Da ich nun aber durch Pfr. Dr. Brunner in den Kampf um den «Fall Gollwitzer» hineingezogen worden bin und da seither 51 zürcherische Pfarrer die Kandidatur Prof. Gollwitzers in einer der Öffentlichkeit übergebenen Resolution unterstützt haben, wird es hoffentlich auch einem Laien nicht als Unbescheidenheit oder gar als Einmischung in eine Wahlangelegenheit, deren Entscheidung ausschließlich den zuständigen Basler Wahlbehörden zusteht, angesehen werden, wenn ich meinen Standpunkt zu dieser Wahl kurz umschreibe, sei es auch nur, um darzutun, daß das zürcherische protestantische «Kirchenvolk» nicht durchweg die Auffassung der 51 Pfarrer teilt.

Bei der Besetzung eines akademischen Lehrstuhls, hier des «Lehrstuhls für systematische Theologie», den bisher Prof. Karl Barth innehatte, ist in erster Linie die wissenschaftliche Befähigung, wie sie sich in der bisherigen Lebensleistung offenbart, maßgebend. Diese besaß Karl Barth in hohem Maße, was auch der zugeben muß, der dem unerschrockenen Kämpfer gegen den Nationalsozialismus seinen «Brief an einen Pfarrer in der DDR» nicht verzeihen kann. Von Prof. Gollwitzer behauptet die Resolution von Basler Theologiestudenten, er sei ein bedeutender und dynamischer Lehrer, was zutreffen mag, aber zur Berufung wohl nicht genügt. Dagegen erklären die beiden Fakultätsmitglieder, die gegen ihn stimmten, sie hätten dies nicht wegen seiner politischen Einstellung getan, über die sie nicht urteilen wollten, sondern weil ihnen seine Traktate und Schriften wissenschaftlich unzureichend schienen, gemessen am Amt, das er anzutreten hätte (Mittlung R. Stöckelbergers in «Weltwoche» Nr. 1443 vom 7. Juli), und es hat nach Peter Dürrenmatt («Basler Nachrichten» vom 24./25. Juni) sogar ein Anhänger Prof. Gollwitzers, Redaktor Arnold Künzli, in der «National-Zeitung» vom 18. Juni, offen zugegeben, es habe Prof. Gollwitzer bisher keine Zeit gefunden, «Regale voll dickerleibiger Dogmatiken oder Theologumenen» zu verfassen, seinem Temperament entsprächen eher politische

und theologische Streitschriften — die aber doch wohl für ein Ordinariat nicht genügen. Ich selbst kenne von Gollwitzer drei Bücher: den Bericht über seine Gefangenschaft in Rußland (1951), die Sammlung von Abschiedsbriefen und Aufzeichnungen des deutschen Widerstandes 1933—1945, die er zusammen mit zwei andern Schriftstellern 1954 erstmals herausgab, und endlich die Sammlung von Mitteilungen aus russischer Gefangenschaft, die 1956 erstmals erschien. Obwohl alle drei Bücher bei ihrem Erscheinen buchhändlerisch großen Erfolg hatten, kommen sie für die Frage der wissenschaftlichen Befähigung nicht in Betracht. Es verbleiben also lediglich die theologisch-politischen Streitschriften, die, soweit ich sie kenne, für einen Befähigungsausweis ebensowenig ins Gewicht fallen wie die Tatsache, daß Prof. Gollwitzer ein Schüler Prof. Barths ist. Weil ich sie aber vermutlich nicht alle kenne und weil ich Laie bin, enthalte ich mich eines abschließenden Urteils, halte aber dafür, daß die Frage ausgewiesener wissenschaftlicher Befähigung im Mittelpunkt einer solchen Wahl stehen sollte.

Müßte man diese verneinen oder wären andere Anwärter — vor allem Schweizer! — in diesem Punkt besser qualifiziert, müßte man die weitere Frage stellen, ob zwar nicht der Gelehrte, aber der Politiker Gollwitzer würdig wäre, auf den «Lehrstuhl für systematische Theologie» berufen zu werden. Ich will diese Frage nicht von vornherein verneinen (wie sie es verdiente) und gebe nur folgendes zu bedenken. Prof. Gollwitzer hat von 1945—1949 eine gewiß schwere und völlig unverschuldete Gefangenschaft in Rußland erlitten. Um so unverständlicher ist mir, daß Prof. Gollwitzer, der aus eigenen Erfahrungen das gegenwärtige Rußland wohl besser kennt als viele andere, sich seit 1953 am Kampf gegen die deutsche Wiederbewaffnung beteiligt und seit 1957 an der Anti-Atom-Bewegung. Pfr. Dr. Brunner erwähnt selbst, daß Gollwitzer von den evangelischen Christen in Deutschland verlange, daß sie sich gegen die atomare Bewaffnung deutscher Truppen einsetzen, während er bei der gegenwärtigen Weltlage Kernwaffen in der Hand der Amerikaner zum notwendigen Verteidigungspotential des Westens rechne, was ich nicht anders verstehen kann, als daß bei den Deutschen Sünde wäre, was bei den Amerikanern staatliche Notwendigkeit ist, wobei der Politiker Gollwitzer sich keinen Moment darüber Rechenschaft gibt, wie sehr der Erfolg seiner Forderung die westliche Solidarität in der Abwehr schwächen würde. Ganz unverständlich aber ist mir der Hinweis Dr. Bieris («NZZ» vom 7. Juli), Prof. Gollwitzer vertrete in Bezug auf die Machthaber der Sowjetzone die Auffassung, die Regierung der DDR sei die von Gott gesetzte Obrigkeit, welcher die Christen der DDR Gehorsam schulden, auch wenn sie nicht allem Beifall spenden, was diese Obrigkeit tue. Das ist, wie Dr. Bierl mit Recht bemerkt, die Obrigkeitstheorie Luthers, der sich aber damit in seinem Kampf gegen die aufrührerischen Bauern keine Lorbeeren geholt hat. Diese These war bis 1798 auch die Auffassung unserer zürcherischen Obrigkeit, die ihr angeblich das Recht gab, die berechtigten Forderungen der Landbevölkerung nicht nur abzuweisen, sondern in ihren Wortführern sogar zu bestrafen.

Auch wenn die Luthersche Obrigkeitstheorie heute in unserer demokratischen Schweiz nicht als veraltet aufgegeben wäre, müßte sie doch als völlig unangebracht in ihrer Anwendung auf die gegenwärtigen Machthaber in Ostdeutschland erscheinen, die sich als Minderheit nur mit Gewalt, gestützt auf die russischen Bajonette, gegen eine von ihnen terrorisierte Mehrheit halten können, die diese Mehrheit nicht nur ihrer politischen Rechte berauben, sondern der schamlosen Willkürjustiz einer Hilde Benjamin ausliefern und derart wirtschaftlich und psychisch bedrängen, daß heute wöchentlich Tausende eigen Heim und Boden lieber verlassen, um im Westen eine neue Existenz zu gründen, als daß sie weiter diese Tyrannei erdulden wollen. Wer das alles übersieht und gar mit Luthers Obrigkeitstheorie zu rechtfertigen versucht, braucht weder Kommunist noch Prokommunist noch Sympathisant des Kommunismus zu sein, wie wir sie vor 25 Jahren bei den «Spanienfahrern» erlebten, muß aber mit Peter Dürrenmatt als unklarer und widerspruchsvoller Politiker abgelehnt werden, ob er nun «Konformist» oder «Nonkonformist» sei, und wäre auch als Politiker keine Bereicherung für Basle oder die Eidgenossenschaft. Von ihm gilt durchaus, was unser Landsmann Prof. Hofer anfangs 1959 in einem Vortrag in Berlin geäußert hat: «Eine politische Meinung zu haben, bedeutet noch nicht, politisch denken zu können.»

H. F. Pfenniger

Aus der Oekumene

Zusammenschluß von Weltmission und Oekumene

epd. Mit der Abstimmung über den Zusammenschluß des Oekumenischen Rates und des Internationalen Missionsrates wird die dritte Vollversammlung des Oekumenischen Rates in Delhi einen in der Geschichte der christlichen Einigungsbemühungen außerordentlich bedeutungsvollen Beschluß zu fassen haben.

Die Exekutive des Oekumenischen Rates hat in Bossey die Einzelheiten für die Abstimmung festgelegt. Sie wird Sonntag, 19. November, mit Ansprachen von Dr. Visser 't Hooft und des Generalsekretärs des Internationalen Missionsrates, Bischof Leslie Newbigin, eröffnet. Im Anschluß daran werden die Delegierten über den bisherigen Stand der Integrationsgespräche unterrichtet. Darauf folgt die Abstimmung über den Zusammenschluß. Ist das Ergebnis, wie man erhofft, positiv, so steht einer sofortigen Integration nichts mehr im Wege. Diese vollzieht sich innerhalb der Vollversammlung durch die Berufung von 25 zusätzlichen Delegierten, die nach Rücksprache mit dem Internationalen Missionsrat von den Kirchen ernannt werden und an den weiteren Beratungen vollstimmberberechtigt teilnehmen. Unmittelbar damit verbunden ist die Eingliederung der 35 Nationalräte des Internationalen Missionsrates in den organisatorischen Rahmen des Oekumenischen Rates. Dem entspricht die Bildung einer Abteilung für Weltmission und Evangelisation. Der Zusammenschluß wird zweifellos eine stärkere Betonung des kirchlichen Missionsauftrages innerhalb des ökumenischen Arbeitsprogramms bedeuten.

Protestantische Radiosendungen in Kolumbien

epd. Die Regierung Kolumbiens hat das Verbot, das seit zehn Jahren jede protestantische Radiosendung verunmöglichte, aufgehoben. Ein kommerzieller Sender der Stadt Cali hat eine protestantische Sendung von 15 Minuten alle 14 Tage in sein Programm aufgenommen.

Aus der Arbeit sozialer Institutionen

Schweizerische Anstalt für Epileptische in Zürich

Jubiläumsbericht

B-n Zur Feier des 75jährigen Bestehens der Anstalt ist der diesjährige Jahresbericht umfangreicher ausgefallen als in anderen Jahren. Den Berichten der beiden Direktoren, Dr. med. H. Landolt und Pfarrer Walter Grimmer, vorangestellt ist eine interessante Darstellung der Anstaltsgeschichte seit ihrer Gründung im Jahre 1886 bis zur Gegenwart, verfaßt von Pfarrer Rudolf Grob, welcher dem Werk während 40 Jahren, von 1913 bis 1953, als Direktor vorgestanden hat.

Wie ein Baum ist die Anstalt von Jahr zu Jahr gewachsen, und auch heute ist dieser Wachstumsprozeß nicht abgeschlossen. Aus dem Bericht von Pfarrer Grimmer geht hervor, daß eine ganze Reihe von Bauvorhaben auf dem Plane stehen, für die ein Kostenvoranschlag von über 15 Millionen Franken besteht. Nachdem im Berichtsjahre verschiedene notwendige Renovationen ausgeführt werden konnten, so am Ackermannhäuschen, am Kasino, am Portierhaus, am ersten Teil des Schwesternhauses u. a. m., bleiben der Zukunft folgende Aufgaben vorbehalten: Die Anstalt braucht ein neues Küchengebäude mit zentraler Heizung für die ganze Anstalt, ein Haus für schwachsinnige, hirngeschädigte Kinder, einen Verbindungsbau zwischen Kinder- und Frauenhaus, zwei Schwesternhäuser, ein Pflegerhaus, landwirtschaftliche Bauten, ein Mitarbeiterhaus. Ein großes Anliegen stellt auch immer noch die Kirche dar, doch die Hoffnung, daß sie geschenkt werde, besteht weiter. Geplant ist auch eine Pflegeschule für Psychiatrie und die weitere Ausgestaltung der Schenkung Dapples, die im Dienste der Erziehung und beruflichen Ausbildung schwererziehbarer Jünglinge steht und eine außerordentlich wichtige Aufgabe löst. Bei aller Wichtigkeit und auch Dringlichkeit dieser Bauvorhaben ist und bleibt die Hauptsache aber die Nächstenliebe, die für alles, was getan wird, für die Gestaltung der Wohnräume, für die Pflege, für die Herannahme der Kranken in eine bestimmte Beschäftigung richtunggebend ist. Diese Liebe zum leidenden Mitmenschen, der im tiefsten Sinne des Wortes der Bruder eines jeden Helfens ist und als solcher stellvertretend für ihn leidet, muß letztlich verstanden werden als Liebe zu Gott. «Damit aber erhält alles Tun an unseren Kranken eine unendliche Bedeutung», sagt Pfarrer Grimmer.

Mit dieser ewigen Bedeutung verbunden ist das zeitliche, auf Heilung gerichtete Ziel der Anstalt. Wenn sie am Anfang ihres Bestehens vor allem eine Heimstätte gewesen ist, in der die Kranken Verständnis, Geborgenheit, Frieden und Freude finden sollten, so ist sie nun heute dank den gewaltigen Fortschritten auf dem Gebiete der Medizin zu einer Heilanstalt geworden, was Dr. Landolt in seinem Aufsatz geschichtlich und wissenschaftlich belegt. Es ist heute möglich, vielen Kranken zu helfen. Die heutigen Untersuchungsmethoden mit dem Elektroencephalographen erlauben es, eine eindeutige Diagnose zu stellen, und die neuen Mittel bringen Heilung, wo eine solche früher nicht möglich war. Für den Arzt, aber auch für alle weiteren Helfer bedeutet es die größte Freude, wenn sie erleben dürfen, daß ihr Einsatz zuweilen von Erfolg begleitet ist. Das auf dem Titelblatt dargestellte Signet weist auf diese innige Verbindung zwischen ärztlichem und seelsorgerlichem Dienst hin und ist verpflichtend für beide: Der Askulapstab, das Symbol des Mediziners, ist hineingenommen in das Zeichen des Kreuzes. «Das Zeitliche weist über sich selbst hinaus auf das Ewige.»

Schweizerisches Pestalozziheim Neuhof in Birm

(Mitg.) Die Stiftung Schweizerisches Pestalozziheim Neuhof, welche das im Nationalcensuramt stehende ehemalige Landgut Heinrich Pestalozzis auf dem Birnhof verwaltet und hier ein Erziehungsheim für rund 70 schulentlassene Burschen führt, steht vor schweren Sorgen finanzieller und anderer Art. Die Gehältnlichkeiten bedürfen dringend einer umfassenden Anpassung an die Erfordernisse moderner Heimerziehung, weshalb ein Ausbau im Kostenaussmaß von annähernd 3 Millionen Franken vorgesehen ist. Im weitem wirken sich die heutigen Personalschwierigkeiten auch in diesem Heim empfindlich aus, und die erforderlichen Angleichungen der Arbeitsbedingungen werden die Betriebsrechnungen in erheblichem Umfang belasten. Soll das Heim auch in Zukunft auf gesunder finanzieller Grundlage weiterexistieren, so wird die öffentliche Hand, namentlich der Bund und der Sitzkanton Aargau, ihm in bedeutend größerem Umfang als bisher beistehen müssen.

Im Präsidium des Stiftungsrates ist vor kurzer Zeit eine Mutation eingetreten. Landammann Ernst Schwarz hat dieses Amt nach acht Jahren wegen anderweitiger starker Beanspruchung niederlegen müssen. An seiner Stelle wählte der aargauische Regierungsrat Oberrichter Dr. Beat Brühlmeier (Aarau) als neuen Vertreter dieser Behörde im Stiftungsrat. Der Stiftungsrat seinerseits hat dem neuen Mitglied anschließend zugleich das Präsidium übertragen.

Heim Rütibühl, Herrliberg

(Mitg.) Der Verein Heim Rütibühl für weibliche Geistesschwache in Herrliberg führte am 12. Juli die 9. Jahresversammlung im «Olivenbaum», Zürich, durch. Neben den statutarischen Geschäften, die alle im Sinne der Anträge von Vorstand und Revisoren erledigt wurden, gab der Quästor Oscar Meyens, Gartenarchitekt, Zürich, eine Vorabrechnung über die Um- und Erweiterungsarbeiten der letzten beiden Jahre, die nun so weit beendet sind, daß der normale Betrieb des Heimes wieder aufgenommen werden kann. Der Bau konnte in erweitertem Umfang gegenüber dem ursprünglichen Programm, jedoch ohne erhebliche Neuverschuldung, durchgeführt werden, dank der Hilfe, die von privater Gönnerseite dem Heim in großem Maße zugekommen ist. Da sich die Heimleiterin aus Altersgründen in abschbarer Zeit zu entlasten wünscht, wird die Stelle in der Fachpresse zur Neubesetzung ausgeschrieben. Der Präsident Dr. M. Fischer, Bezirksrichter, Küssnacht, gab die Auffassung des Vorstandes bekannt, die Kostgelder des Heimes auf dem heutigen Stand zu belassen. Die Invalidenversicherung macht sich bei den Versorgern der pflegebedürftigen Insassen bereits wohltätig bemerkbar und wird als Sozialwerk sehr begrüßt. Das vor zehn Jahren gegründete Heim Rütibühl darf heute dank vielseitiger Hilfe als konsolidiert gelten.